



MEINUNG

Das digitale Paradox behindert die historische Forschung: Je leichter eine Quelle zugänglich ist, desto eher wird sie zensiert

Der Kanton Bern hat aus Datenschutzgründen seine digitalen Staatskalender gesperrt – für 110 Jahre! Höchste Zeit, dass sich Forschungsinstitutionen gegen solche Zensur wehren.

Sacha Zala (Gastautor) • 09.09.2023, 21.45 Uhr

Hören Merken Drucken Teilen

Seit 315 Jahren veröffentlicht die Berner Regierung ihren Staatskalender, ein ehrwürdiges Heft mit den Namen und Funktionen aller Amtsträger. Diese wichtige Quelle wurde digitalisiert und auf dem Portal E-Periodica online zugänglich gemacht. So kann man etwa die typografisch liebevoll gesetzte Ausgabe von 1912 konsultieren und herunterladen. Damit kann die historische Forschung nicht nur Personen identifizieren, sondern auch die gesamte Struktur der kantonalen Verwaltung, des Parlaments und der Gerichtsbehörden rekonstruieren.

Weil wir nun im Zeitalter des Digitalen angelangt sind, kann man auch den Staatskalender vom August dieses Jahres von der Website der Berner Staatskanzlei herunterladen. Darin kann die geneigte Leserin etwa erfahren, dass eine gewisse Rytz Regula aus Bern die Fachkommission für Gleichstellungsfragen präsidiert. Oder ein Berger Stefan, Grossrat und Stadtpräsident von Burgdorf, in der Fachkommission für Denkmalpflege sitzt. Mit einem gewissen Bedauern erfährt man auch, dass der Sitz des Delegierten der Commission de littérature de langue française in der deutschsprachigen Literaturkommission leider vakant ist.

“

Der Auslöser für diesen ultimativen datenschützerischen Nuklearschlag war offenbar die Beschwerde einer einzigen Person.

”

Kürzlich aber, auf Intervention der kantonalen Datenschutzaufsichtsstelle, wurde mit viel juristischem Gespür veranlasst, dass die Digitalisate des bernischen Staatskalenders auf E-Periodica nachträglich mit einer Sperrfrist von sage und schreibe 110 Jahren belegt wurden. In der Archivgesetzgebung wird der 110-jährige Schutz nur als absolute Ultima Ratio verwendet, etwa für den Schutz von Pädophilie-Opfern. Der Auslöser für diesen ultimativen datenschützerischen Nuklearschlag war offenbar die Beschwerde einer einzigen Person, die mit ihrer Privatadresse im Staatskalender erwähnt wurde. Nachdem nun alle Bände der letzten 110 Jahren offline gestellt wurden, ist die Auflage von 1912 die jüngste, die man konsultieren kann.

Es klafft ein monströses digitales Loch. Unweigerlich fühlt man sich in George Orwells «1984» hineinkatapultiert. Winston Smith, der Protagonist des Romans, arbeitet im «Wahrheitsministerium», einem gewaltigen Gebäude mit einer riesigen unterirdischen Verbrennungsanlage, in der Dokumente vernichtet werden, nachdem sie in «Gedächtnislöcher» gesteckt wurden. Ein «Gedächtnisloch» ist ein Schacht, in den Regierungsbeamte unliebsame Dokumente und Unterlagen zur Vernichtung einwerfen. Winston Smith wird routinemässig mit der Aufgabe betraut, alte Zeitungsartikel zu überarbeiten, also die Quellen für die Geschichte neu zu schreiben und wieder umzuschreiben. Die Vergangenheit wird wieder und immer wieder mit der Gegenwart in Einklang gebracht.

Mit einem aus den Fugen geratenen Datenschutz ist die Orwellsche Dystopie spätestens seit der Staatskalender-Posse zur tragikomischen Realität geworden. Sie wirft die zentrale Frage nach der Zugänglichkeit von historischen Quellen im digitalen Zeitalter auf. Seit der Jahrtausendwende ist in den liberalen Demokratien westlicher Prägung zweifellos eine zunehmende Behinderung der Forschung durch Datenschutzgesetze zu beobachten. Die Leichtigkeit der digitalen Zugänglichkeit hat insgesamt zu einem massiven Zensurschub geführt. Während die gedruckten, analogen Staatskalender nach wie vor in Archiven und Bibliotheken zugänglich sind, wird ihre digitale Version zensiert.

Vor mehr als zehn Jahren, in einem Referat in Glasgow zu «Demokratie, Privatsphäre und Zugang zu den Quellen», habe ich das Google-Paradoxon postuliert: je leichter der Zugang, desto grösser der Wunsch nach Zensur. Weil Information nun leicht auffindbar ist, muss sie verschwinden. Das Google-Paradoxon führt dazu, dass Informationen in Archiven und Bibliotheken, die bis vor einem Jahrzehnt frei zugänglich waren, nun plötzlich «geschützt» werden müssen, wie es heisst. In der Tat beinhalten heutige Praktiken des Datenschutzes zum Beispiel die eingeschränkte Online-Veröffentlichung von Archivbeständen und -katalogen, die um Personennamen «bereinigt» werden.

Wir sind alle begeistert, dass viele Quellen und Informationen online verfügbar sind, aber wir denken kaum darüber nach, welche Informationen aus Gründen des Datenschutzes nun aktiv offline gehalten werden. Der wachsende Vorrang der Online-Informationen führt also in der Praxis zu neuen «Gedächtnislöchern», die in der mühseligen Offline-Welt angesiedelt sind. In der Debatte über den Datenschutz vermisse ich bitterlich eine deutlichere Position der Forschungsinstitutionen gegen die Zensur von historisch relevanten Informationen.

Sacha Zala



Sacha Zala, 55, ist Direktor der Forschungsstelle Dosis, welche die diplomatischen Dokumente der Schweiz ediert, und Professor für Geschichte an der Universität Bern. Zala präsidiert ausserdem die Schweizerische Gesellschaft für Geschichte (SGG) und wirkt führend in den Weltverbänden der Historischen Wissenschaften und der Editoren diplomatischer Dokumente mit.